

**Redebeitrag des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
bei der Kundgebung „Mainz ist bunt – Für Toleranz und Demokratie“
am 21. März (Internationaler Tag gegen Rassismus) in Mainz**

Es gibt kein richtiges Leben im falschen – Demokratie braucht Menschenrechte!

Zuallererst „Danke!“ dafür, dass wir als landesweite Organisation, die sich für Demokratie und Menschenrechte engagiert, heute hier sprechen dürfen.

Der 21. März ist einer von 366 Tagen in diesem Jahr, an dem unsere Demokratie und die Menschenrechte - und damit auch der leider nur lückenhafte Schutz vor Rassismus - in Gefahr sind. Das Treffen von Rechtsextremisten in Potsdam Ende letzten Jahres ist zum Sinnbild für diese Gefahren geworden. Der Eisberg brauchte offenbar eine Spitze, um endlich für alle sichtbar zu sein.

Wir begrüßen es, dass seitdem überall auch in Rheinland-Pfalz und auch hier in Mainz Menschen auf die Straße gehen und wir begrüßen es auch, dass die demokratischen Parteien sich an diesen Demonstrationen vielfach beteiligen. Denn sie und uns eint eine Grundüberzeugung, die uns zugleich von Rechtsextremisten trennt. Diese Grundüberzeugung heißt:

Politische Konzepte werden im demokratischen Rahmen ausgehandelt. Sie müssen sich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und damit der Kritik und dem Widerspruch aussetzen. Sie müssen sich der parlamentarischen Kontrolle und der Überprüfung durch unabhängige Gerichte unterwerfen. Sie müssen sich in regelmäßigen Abständen in freien Wahlen zur Disposition stellen.

In diesem Sinne verläuft die Trennlinie - oder wie es manchmal heißt: die „*Brandmauer*“ - zwischen uns und den demokratischen Parteien auf der einen Seite und rechtsextremen Parteien und Bewegungen innerhalb und außerhalb der Parlamente auf der anderen Seite.

Denn wer - wie in Potsdam geschehen - die millionenfache Vertreibung von Menschen plant und dazu „*deutsches Blut*“ oder ein eigenmächtig definiertes „*Wohlverhalten*“ an die Stelle der Staatsangehörigkeit und des Aufenthaltsrechtes setzen will, der bläst zum Generalangriff auf das Grundgesetz und auf alle darin festgeschriebenen demokratischen Rechte, die wir gemeinsam mit den demokratischen Parteien verteidigen wollen und verteidigen müssen.

Aus einer menschenrechtlichen Perspektive sieht die Sache aber leider weniger eindeutig aus. Denn die Art und Weise, wie in den demokratischen Parteien - von der CDU bis hin zu den Grünen - über Flüchtlinge gesprochen wird und wie ihre Konzepte zur Asyl- und Flüchtlingspolitik ausgestaltet sind: das ähnelt zum Teil - und zum Teil in erschreckendem Maße - der Sprache und den Konzepten von ganz Rechtsaußen.

Es fängt zum Beispiel an

- bei einem Bundeskanzler, der die guten Anwesenheitsgründe vieler geduldeter Menschen mit einem populistischen „*Wir müssen im großen Stil abschieben!*“ zur Seite wischt,
- bei einer Ministerpräsident*innenkonferenz, die Schutzsuchende sprachlich regelmäßig zu „*irregulären Migrant*innen*“ herabwürdigt, obwohl alle, die dort zusammenkommen wissen, dass es sichere und legale Fluchtwege nach Deutschland nicht gibt
- bei einer Ministerpräsident*innenkonferenz, die seit Monaten und Jahren immer neue Maßnahmen ersinnt, um die Zahl von Schutzsuchenden in Deutschland - koste es menschenrechtlich was es wolle - zu begrenzen;

Es geht weiter bei einer großen Koalition der demokratischen Parteien, die z.B.

- zur Durchsetzung einer Ausreisepflicht tief in die Grundrechte nicht nur der Betroffenen, sondern auch unbeteiligter Dritter eingreift;
- schutzsuchende Menschen per Gesetz für drei lange Jahre lang einem Leistungssondergesetz unterwirft, das zwar zum Sterben zu viel, zum menschenwürdigen Leben aber zu wenig bereit hält und die stigmatisierende, diskriminierende und entmündigende Bezahlkarten für Geflüchtete einführt, die einen selbstbestimmten Alltag und gesellschaftliche Teilhabe unmöglich macht;
- einer sogenannten Reform der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik den Weg geebnet hat, die zu noch mehr Haftlagern, noch mehr Stacheldraht, noch mehr Leid, noch mehr Recht- und Perspektivlosigkeit an den EU-Außengrenzen führen wird.

Und es endet beispielsweise

- bei einem Bundesinnenministerium, das derzeit prüfen lässt, ob sich der Flüchtlingsschutz nicht vielleicht auch gänzlich aus der Europäischen Union auslagern lässt, wie es Großbritannien derzeit mit seinem „Ruanda-Modell“ versucht oder
- bei einer CDU, die gerade nicht nur das in ihr Grundsatzprogramm schreiben und damit mit der AfD gleichziehen will, sondern die - mehr noch und noch restriktiver als die AfD - auch denjenigen die Einreise nach Deutschland verweigern will, denen in diesen Drittstaaten außerhalb der EU eine Schutzberechtigung zuerkannt wird.

Der Versuch, über die Ausgrenzung und die Abwehr von Geflüchteten demokratiefeindlichen Parteien und Bewegungen das Wasser abzugraben - das ist eine Erfahrung spätestens seit 2015 und lässt sich an Umfragen und Wahlergebnissen ablesen - ist zum Scheitern verurteilt. Demokratie lässt sich weder stärken, noch verteidigen, noch retten, indem man die Rechte einzelner, konkret den Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz demontiert. Im Gegenteil: Man verleiht damit demokratiefeindlichen Kräften Auftrieb, man befördert und legitimiert Rassismus und man gefährdet die Grundlagen eines friedlichen und solidarischen Zusammenlebens.

In diesem Sinne habe ich die dringende Bitte, dass die demokratischen Parteien, die mit uns auf der richtigen Seite der demokratischen Brandmauer stehen, jetzt schnell damit aufhören, in unserem gemeinsamen „*demokratischen Sektor*“ asylpolitisch zu zündeln. Und ich habe die dringende Bitte, dass die demokratischen Parteien damit aufhören, berechtigte Kritik an ihrem konkreten politischen Handeln als Schwächung des „Bündnisses der Demokrat*innen“ diskreditieren.

Wir sind dankbar dafür und es ist angesichts der derzeitigen Gefahren von entscheidender Bedeutung, dass wir die demokratischen Parteien im Einsatz für das Grundgesetz, für die Demokratie und gegen Rechtsaußen an unserer Seite haben.

Was wir uns aber wünschen und was wir ihnen abverlangen müssen, ist eine humanitäre und menschenrechtskonforme Asylpolitik – im Interesse der Menschen, die hier bei uns Schutz suchen und im Interesse unserer Demokratie.

Es geht im Einsatz für Demokratie um mehr als „*nur*“ um Flüchtlingsrechte. Das stimmt. Aber es muss im Einsatz für die Demokratie immer auch um die Rechte von Flüchtlingen und anderen gehen, denen Demokratie- und Menschenfeinde den Kampf angesagt haben. Denn es gibt kein richtiges Leben im falschen.

Vielen Dank fürs Zuhören